

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Jänner 1959

351/J

A n f r a g e

der Abgeordneten C z e t t e l , H o r r , H o r n und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend das Investitionsprogramm für den verstaatlichten Kohlenbergbau
Grünbach am Schneeberg.

-.-.-.-

Der verstaatlichte Kohlenbergbaubetrieb Grünbach am Schneeberg, der gegenwärtig mehr als 1.000 Menschen beschäftigt, befindet sich in einer ausserordentlich kritischen Situation. Seit der Investitionsperiode 1926 bis 1932 sind in diesem Unternehmen keine nennenswerten Investitionen durchgeführt worden, sodass aus dem vor dem zweiten Weltkrieg modernst eingerichteten Bergbaubetrieb Österreichs allmählich ein technisch weit hinter anderen Bergbaubetrieben Österreichs zurückgebliebenes Werk geworden ist. Krieg und Besatzungszeit haben entscheidend zu dieser heutigen Situation beigetragen. Nach Übernahme des Grünbacher Steinkohlenbergwerkes in die österreichische Verwaltung wurde von der damaligen Kohlenholding ein Investitionsplan aufgestellt, zu dessen Realisierung 30 Millionen Schilling aus ERP-Mitteln und 20 Millionen Schilling aus Bundesmitteln angefordert wurden. In den Jahren 1957 und 1958 wurden allerdings nur 19 Millionen ERP-Mittel und als Vorgriff auf das Budgetjahr 1959 5 Millionen aus Bundesmitteln gewährt. Angeblich hätte ein Exekutivkomitee der Kreditlenkungscommission die Freigabe der restlichen 11 Millionen Schilling ERP-Mittel von der Zusage des Unternehmens, ein hochgestelltes Investitionsziel zu erreichen, abhängig gemacht. Die Unternehmungsleitung konnte eine solche Zusage nicht geben.

Nun soll angeblich ein modifiziertes Investitionsprogramm ausgearbeitet worden sein, das aus ERP-Mitteln 28,4 Millionen Schilling in Anspruch nehmen will. Dazu kommen noch vordringliche Anschaffungen im "Hauptschacht" und im "Segen Gottes Schacht" in der Höhe von noch 8,2 Millionen Schilling sowie ein Kleinprogramm ausserhalb des ERP-Programmes in der Höhe von 6,5 Millionen Schilling, insgesamt also ein Investitionsbedarf von 43,1 Millionen Schilling.

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Jänner 1959

Da erst nach diesen Investitionen die Möglichkeit besteht, die Tagesförderung zu steigern und somit den Produktionspreis zu senken, kommt diesem Programm grösste Bedeutung zu, denn gerade der Preisdruck der vom Ausland eingeführten Steinkohle verschlimmert die an sich schon kritische Produktionslage des Unternehmens.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die nachstehende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, mitzuteilen, welche Massnahmen vorgesehen sind, um dem Steinkohlenbergbau Grünbach am Schneeberg und somit den mehr als 1.000 Arbeitern und Angestellten die dringend notwendige Hilfe zukommen zu lassen?

-.-.-.-.-